



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Trumps zweite Amtszeit: 10-Punkte-Strategie für Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die transatlantische Sicherheits- und Außenpolitik steht mit der zweiten Amtszeit von US-Präsident Trump vor tiefgreifenden Veränderungen. Die selbstzentrierte Politik der neuen US-Administration droht die bisherigen multilateralen Ordnungen und transatlantischen Vertrauensverhältnisse zu erschüttern. Europas traditionelle Abhängigkeit von den USA muss in einem zunehmend multipolaren globalen Kontext kritisch hinterfragt werden. Angesichts der weltweiten Machtverschiebungen – etwa durch das Erstarken Chinas, eine imperialistische russische Expansionspolitik und das Schwinden internationaler Normen – wird Europa vor die Aufgabe gestellt, seine strategische Autonomie zu stärken. Eine solche Neuausrichtung bedeutet nicht den Bruch mit der transatlantischen Partnerschaft, sondern sie muss vielmehr als notwendige Anpassung an die veränderten geopolitischen Realitäten verstanden werden.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf allen Ebenen für Folgendes einzusetzen:

1. Europa muss verstärkt in eigene Verteidigungs- und Sicherheitsstrukturen investieren, um unabhängiger von den neuen unberechenbaren US-Politiken agieren zu können.
2. Die transatlantische Allianz ist so weiterzuentwickeln, dass sie divergierende Interessen besser integriert und auf gemeinsame multilaterale Ansätze setzt.
3. Angesichts einer zunehmend multipolaren Weltordnung muss Europa eigene multilaterale Projekte vorantreiben und gleichzeitig bewährte transatlantische Strukturen unterstützen.
4. Europa muss seine wirtschaftliche Selbstständigkeit stärken, um den protektionistischen Tendenzen und Handelskonflikten, wie sie unter Trump sichtbar werden, adäquat begegnen zu können.
5. Die in den USA unter Trump beobachtete Expansion populistischer Strömungen soll augenscheinlich mit amerikanischer Unterstützung auch in Europa weiter Fuß fassen – eine Herausforderung, die eine einheitliche und kohärente europäische Außenpolitik nötig macht.
6. Neben den transatlantischen Beziehungen ist es für Europa zentral, zusätzliche strategische Allianzen zu entwickeln, um eine breitere geopolitische Basis zu schaffen.

7. Die europäische Versorgungssicherheit in Energiefragen ist zu gewährleisten und geopolitischen Erpressungen zu entziehen. Die Energiewende wird dabei nicht nur zu einem ökologischen, sondern auch zu einem sicherheitspolitischen Imperativ.
8. Europa muss seine diplomatischen Ressourcen und Instrumente ausbauen, um in internationalen Krisen und Konflikten eigenständig als konstruktiver Vermittler auftreten zu können.
9. Angesichts der Tendenz der USA, sich flexibel von Bündnisverpflichtungen zu lösen, muss Europa institutionelle Mechanismen entwickeln, die langfristige Verlässlichkeit in transatlantischen Beziehungen sicherstellen.
10. Europa muss die Chance nutzen, sich als eigenständiger Akteur zu profilieren, der eigene Werte und Normen in den internationalen Diskurs einbringt und somit als Gegengewicht zu unilateral agierenden Großmächten auftritt.

Begründung:

Europa sieht sich im 21. Jahrhundert mit einem vielschichtigen Spektrum geopolitischer Herausforderungen konfrontiert, die in engem Zusammenhang mit den globalen Machtverschiebungen und tiefgreifenden strukturellen Veränderungen stehen.

Während die USA historisch als Garant europäischer Sicherheit galten, schwankt der amerikanische Rückhalt infolge interner politischer Umbrüche und einer teils unvorhersehbaren Außenpolitik. Hinzu kommt: Die Globalisierung und der digitale Wandel schaffen neue Wettbewerbsbedingungen, in denen wirtschaftliche Souveränität und Innovationskraft entscheidend sind. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund protektionistischer Tendenzen und Handelskonflikte, die das Wirtschaftssystem belasten.

Europa muss deshalb in einem zunehmend komplexen und dynamischen globalen Kontext eine Balance zwischen enger transatlantischer Zusammenarbeit, eigener strategischer Autonomie und der Gestaltung multipolarer Allianzen finden, um seine Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten.